

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Stockach, April 2012

«Gemeinschaftsschule» soll erfolgreiches Schulsystem aus den Angeln heben Ein Brief an die Bürgermeister und Oberbürgermeister in Baden-Württemberg

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister*

Noch für diesen Monat plant die Landesregierung, das Schulgesetz zu ändern und eine neue Schulart, die «Gemeinschaftsschule», als Regelschule einzuführen. Rund 40 Schulen in Baden-Württemberg, davon vereinzelt auch mehrere an einem Ort, sollen schon ab dem kommenden Schuljahr ihren Betrieb als «Gemeinschaftsschule» aufnehmen. Die Landesregierung will, dass die «Gemeinschaftsschule» das bisherige erfolgreiche Schulsystem in Baden-Württemberg aus den Angeln hebt. Innerhalb dieser neuen Schulart soll, wenn es nach dem Willen der grün-roten Landesregierung geht, eine Art von «Pädagogik der Beliebigkeit» herrschen.

Wir, eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg, sehen die Einführung von «Gemeinschaftsschulen» sehr kritisch und haben uns deshalb in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen. Nach unserem Urteil bedeutet die «Gemeinschaftsschule» eine Schwächung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg. Wohlstand und sozialer Frieden in unserem Bundesland sind gefährdet.

Wir haben diesem kurzen Anschreiben einen Text beigelegt, der sich kritisch mit der Einrichtung von «Gemeinschaftsschulen» in Baden-Württemberg befasst und eine Reihe von Stellungnahmen dokumentiert, die diese Kritik untermauern. Lassen Sie uns an dieser Stelle nur aus einer Pressemitteilung des Gemeindetages Baden-Württemberg vom 30. März zitieren, in der es heißt, **«ausgerechnet beim Thema Schule wische die grün-rote Landesregierung sämtliche Vernunftargumente mit einem Wimpernschlag vom Tisch»**.

Wir wenden uns heute an Sie, weil der Gesetzentwurf der Landesregierung vorsieht, dass Gemeinschaftsschulen nur auf Antrag der örtlichen Schulträger eingerichtet werden sollen und deshalb auch Ihre Gemeinde ein potentieller Antragsteller sein könnte. Wir möchten Sie bitten, diesen Text und die Stellungnahmen bei Ihren Überlegungen für die künftige Schulplanung in Ihrer Gemeinde mit einzubeziehen, und würden uns selbstverständlich über eine Rückmeldung sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

PS Wir sind dabei, eine Internetseite aufzubauen (www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de), auf der Sie ab Anfang Mai laufend aktuelle Informationen, Analysen und Stellungnahmen finden können.

Anlage